Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsannahme Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf für Halle und auswärts 1 Mk
Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle, Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 47. Halle a. S., Sonnabend, den 29. Januar. **1910.**

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung am 28. Januar, 1 Uhr.

Militäretat.

Die Beratung des Militäretats, Titel Kriegsminister, wird fortgesetzt.

Abg. **v. Byern** (kons.):

Auch meine Freunde würden eine Erhöhung der Mannschaftslöhne gern sehen und hoffen, daß die Gelder dazu bald bereit stehen. Auch zur Gewährung freier Fahrt bei Urlaubsreisen. Im Gegensatz zu Herrn Haeusler meine ich, wir können gar nicht Leutnants genug haben. Eine zweijährige Dienstzeit für die Kavallerie halten wir für unmöglich, und ich bedauere sehr, daß Herr Haeusler immer noch auf diesem seinem alten Steckenpferde herumreitet. Auch die Uebungen mit großen Kavalleriekörpern müssen wir unbedingt beibehalten. Herr Stücklen hat die Heranziehung von Soldaten zur Erntezeit getadelt. Aber im Notfalle, wenn Regenzeit droht, ist das unerläßlich im Interesse der Landwirtschaft. Daß den Kriegervereinen Waffen gegeben werden, das kommt denen zugute, die nachher wieder einberufen werden, denn sie können sich ja vorher im Schießen üben. Sozialdemokraten können wir bei den Kriegervereinen nicht brauchen. Dem Abg. Osann gebe ich zu, daß es schwer ist, sich in dem Militäretat zurechtzufinden. Aber daß, wie er sagt, Verschwendung mit Munition getrieben werde, davon fehlt es an jedem Beweis. Der Etat ist außerordentlich sparsam aufgestellt. Das steht man daran, daß 41 Millionen weniger gefordert sind. Erfreulich ist die Vermehrung der Zahl der Reserve-Uebungen. Bitten muß ich aber eins: daß nämlich die Uebungen nicht in der Erntezeit stattfinden, sondern im Frühjahr oder Herbst. Dem Wunsch können wir zustimmen, daß mehr Zivilhandwerker für Oekonomiezwecke herangezogen werden. Zu wünschen ist ferner, vermehrte Belegung kleiner Garnisonen. (Ruf rechts: Sehr richtig!) Große Not besteht immer noch unter verabschiedeten Offizieren. Bedauerlich ist der Luxus unter den Einjährig-Freiwilligen. Die Regiments-Kommandeure sollten darauf achten, daß dieser Luxus eingeschränkt wird. (Rufe links.) Herr Müller-Meiningen meint, die Offiziere sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Ja gewiß, sie tun es aber nicht. Bei Lieferungen für das Heer sollten kleinere Lieferanten, Handwerker, bevorzugt werden. Man sagt zwar, die Handwerker-Vereinigungen leisteten nicht, was man von ihnen erwartet habe. Der Kriegsminister klagte in Vorjahren, sie lieferten nicht rechtzeitig. Das mag sein, und es ist gut, daß es ihnen hier einmal öffentlich gesagt wird. Aber wenigstens für kleinere Lieferungen sollte man sie heranziehen. Ich freue mich, daß der Bundesrat auf die vorjährige Resolution des Hauses über das Verdingungswesen eine befriedigende Antwort gegeben hat. Auf eine Anregung des Redners erklärt ein Kommissar: Die Heeresverwaltung würde gern die Waffenbeschaffung an Privatfabriken vergeben, auch die Lieferung von Säbeln. Sparsamkeitsrücksichten nötigten sie aber, sich zunächst an ihre eigenen Fabriken zu wenden.

Abg. Mugdan (frs. Vp):

Kriegsminister und Schatzsekretär haben anscheinend den Wunsch gehabt, dem Volke zu zeigen, daß auch beim Militäretat gespart werden kann. Sie haben diesmal an diesem Etat 32 Mill. „gespart". Aber das sind durchweg keine wirklichen Ersparnisse, wie sich in der Budgetkommission herausstellen wird, denn es ist an Stellen gespart, wo dann in den nächsten Jahren um so mehr wird eingestellt werden müssen. Auch darf keinesfalls gespart werden an Veteranen-Beihilfen und an Mannschaftslöhnen. Jene sowie die Erhöhung der Löhne sind notwendige Ausgaben. Gespart kann werden an Kommandanturen, ferner an Adjutanturen. Braucht denn jeder kleine Fürst einen Adjutanten? Ebenso ist zu sparen an Kommandanten und Gouverneuren. Z. B. besitzt meine Vaterstadt Breslau einen Kommandanten. Wozu? Summen, die für solche Dinge ausgegeben werden, müssen wegfallen in einem Zeitalter der Sparsamkeit. Ebenso kann an Musikkorps gespart werden. Man sagt zwar, die Kosten der Bataillonsmusiker werden zum Teil von den Offizierkorps getragen. Da möchte ich wohl mal wissen, ob die Offiziere wirklich so gern, so „freiwillig" diese Beiträge zahlen oder ob sie da nicht einen gewissen Zwange unterliegen? Und dann die Pferderationen! Neulich hat Staatssekretär Delbrück das Vereinsgesetz als etwas schwer verständlich bezeichnet. Aber viel schwerer verständlich, m. H., ist die Denkschrift, die man uns über die Pferdegelder vorgelegt hat. (Sehr richtig!) Nur eins wird daraus ersichtlich: daß die Zahlung von Pferdegeldern, und Rationen, für nicht vorhandene Pferde doch ein Mißbrauch ist und bleibt. Und wenn da in der Denkschrift als Grund angegeben wird, dieser Mißbrauch sei ein alter, ein seit Jahren bestehender, so ist dieser Grund doch ein ganz ungeheuerlicher! Dazu kommt der höhere Ansatz für die Generalsyferde. Ist denn bei diesen die Freßlust eine so viel größere? (Heiterkeit.) Wenn nicht an solchen Dingen endlich gespart wird, dann wird die Bevölkerung alle unsere Worte von Sparsamkeit für eitel Worte halten! Auch die Verabschiedungsfrage fällt ins Gewicht. Weshalb muß dem ein Offizier den Abschied nehmen, blos weil ihm ein anderer vorgezogen wird? Wenn ihn dazu das Ehrgefühl zwingen soll, ja weshalb verletzt es denn dann nicht das Ehrgefühl, wenn, wie es doch vorkommt, ein Patent vordatiert wird?! Auch durch solche Vordatierung werden doch die anderen benachteiligt! Ein Mißstand, der dabei erwähnt werden muß, ist die Art der Verkündigung der Pensionierung von Offizieren, die freiwillig auf das Recht zum Tragen der Uniform verzichten. Die Verkündigung erfolgt so, daß das Publikum glauben muß, die Betreffenden hätten sich etwas zu Schulden kommen lassen. Kann bei der Publikation denn nicht wenigstens gesagt werden: auf Wunsch!? Weiter erörtert Redner den Duell-Unfug und dessen Uebergreifen auf die Reserveoffiziere, also auf bürgerliche Verhältnisse. Ferner die Bevorzugung des Adels. Ueber diese Tatsache komme man nicht hinweg. Die Sache sei von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Die Unterscheidung zwischen „feinen" und nicht feinen Regimentern müsse endlich aufhören. Herr v. Byern habe vor dem Luxus gewarnt bei Einjährigen. Aber es sei doch offenes Geheimnis, daß es Regimenter gebe, nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz, wo kein Einjähriger angenommen werde, der nicht einen Wechsel habe von mindestens monatlich 1000 Mark! Dieser Zwang zum Luxus erschwert es auch, das Einjährigen-System auszudehnen. Schon jetzt würden bekanntlich auch junge Leute, die das Zeugnis von der Schule nicht beibringen könnten, zum Einjährigen-Dienst zugelassen im Falle besonderer künstlerischer oder fachlicher Befähigung. Davon werde leider wenig Gebrauch gemacht. Seine Freunde würden, um hier Aenderung zu schaffen, eine Resolution einbringen. Ein weiterer Mißstand sei die Abneigung, jüdische Aerzte als Militärärzte anzustellen. Dem Heere entgehe dadurch eine große Zahl tüchtiger Kräfte. Unsere Armee ist ein Volk in Waffen, sie soll aber nicht sein ein Teil des Volkes, das sich von dem andern Teil abschließt. Und so lange dies der Fall ist, werden wir alle Mißstände bloßlegen, nicht um die Armee zu schädigen, sondern zum Besten der Armee und des Vaterlandes. (Bravos.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Ver.):

Herr Mugdan hat alles mögliche herangezogen, was nicht hierher gehört, weil es der Kommission vorbehalten ist, so die Frage der Rationen (Ruf links: Herr v. Byern tat das ja schon vorher!) Ja, er hat es allerdings auch getan, aber mit Sachkenntnis! (Gelächter links.) Redner nimmt dann die adligen Regimenter in Schutz und macht gegen die Haeusler'schen Bemängelungen und Ersparnis-Vorschläge geltend, daß jedenfalls alle Ausgaben zu bewilligen seien, die die Kriegstüchtigkeit steigern. Eine 2jährige Dienstzeit bei der Kavallerie wäre nur möglich, wenn man das Ausbildungspersonal vermehre, was die Ausgaben wiederum steigern müsse! Gegen die früheren nationalliberalen Reden zum Militäretat falle die diesmalige Osann'sche Rede stark ab. Man merke den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Nationalliberalen! (Gelächter links.) Es gebe nichts schlimmeres, als wenn man einen Teil des Herres gegen den andern Teil ausspiele, wie Osann es getan habe in seiner Bemerkung über die Zunahme der Mißhandlungen in dem bayerischen Kontingent! (Gelächter links.) Ja wohl, Herr Heinze, ich weiß das besser als Sie, denn ich stand vor dem Feinde, als Sie noch ein kleiner Junge waren. (Erneutes Gelächter.) Am Lachen, m. H., erkennt man nicht immer den Weisen (abermaliges Gelächter links). Redner meint dann, das Institut der Einjährigen müsse überhaupt abgeschafft werden. Die Erhöhung der Mannschaftslöhne müsse kommen, sobald als möglich, u. zw. in Verbindung mit einem „Sparsold", der erst nach der Entlassung in der Heimat auszuzahlen sei, damit der Entlassene nicht in der Großstadt bleibe. In einem Streifblick auf die Entwicklung der technischen Truppen bemerkt Redner u. a., wenn die Maschinengewehre sich nebenbei auch als Friedensinstrument (in Mansfeld) bewährt hätten, so könne das der Sozialdemokratie nichts schaden!

Kriegsminister v. Heeringen:

Einer der Herren ist heute auf die schon von Herrn Osann berührte „Munitions-Vergeudung" zurückgekommen. Ach, m. H., ein Vergeuden darin tritt nicht ein. Ich hatte sogar schon daran gedacht, gerade dafür mit Mehrforderungen zu kommen, und nur die Etatslage hat mich daran gehindert. Der Abg. Mugdan ist auf die Verabschiedung von Offizieren gekommen. Wir prüfen jede Kritik sachlich. Aber zunächst ist nicht richtig, daß Verabschiedungen in größerem Umfange stattgefunden haben, als früher. Wird aber ein Offizier nach längerer Dienstzeit nicht mehr als geeignet gehalten, soll ein Bataillons-Kommandeur, der an die Grenze seiner Dienstfähigkeit angelangt ist, noch weiter gehalten werden, so würde das zu unhaltbaren Zuständen führen. Nach langen Dienstjahren hat ja doch jeder einen körperlichen Fehler. Hat er noch Aussichten, so zwingt er mit Energie alles hinunter, aber sobald er dann in einem Moment weiß, daß er doch nicht mehr vorwärts kommt, dann läßt die Energie nach. Das ist psychologisch erklärlich. Herr Mugdan sprach auch von der Entziehung des Uniformtragens und deren Verkündigung. M. H., das Tragen der Uniform wird erbeten und von dem obersten Kriegsherrn als Gnade gewährt. Auf diese Gnade kann der verabschiedete Offizier nicht einseitig verzichten, vielleicht weil er etwas pecciert hat. Er muß aussehen, was er sich eingebrockt hat. Niemand darf verzichten, ehe nicht seine Wäsche absolut rein ist. Der Herr Abg. hat auch von Duell-Unfug gesprochen. Aber ein Unfug besteht nicht. Es sind binnen Jahresfrist unter den aktiven Offizieren, 70 000 an Zahl, nur 3 Duellfälle vorgekommen, unter den inaktiven 9. Der kaiserliche Erlaß von 1897 wird aber hoffentlich die Wirkung haben, das Duell noch weiter einzuschränken. Auch die Adelsfrage hat er wieder berührt. Unterschätzen Sie nicht den Wert der Tradition! Es gibt Regimenter mit Offizieren, deren Väter, Großväter, ja Urgroßväter schon in demselben Regiment standen. In diesem Zusammenhange des Offizierkorps, in dieser Tradition vom Urgroßvater her liegt eine Stärke für das Offizierkorps. Es führt das den Offizier im Ernstfalle durch viele Gefahren. Aber, m. H., eine Bevorzugung des Adels findet nicht statt. Auch nicht im Generalstabe. Auch dort wird nur auf die Tüchtigkeit gesehen. Strafgarnisonen gibt es nicht, auch nicht an der Grenze. Ein Luxus der Offiziere im großen und ganzen besteht nicht. Im einzelnen ganz mäßig. Aber auch nach dieser Richtung hin haben die letzten Jahre Remedur geschaffen. Ob unter Einjährigen solcher Luxus existiert, wie gesagt worden ist, danach werde ich mich erkundigen und eventuell Abhilfe schaffen. Herr v. Liebermann will das Einjährigenwesen ganz abgeschafft wissen. Aber — es sind 12 000 im Jahre, also 24 000 in 2 Jahren. — Wir müßten dann doch der Präsenz halber für Ersatz sorgen. Das würde jährlich 24 Mill. kosten. Der Aerztemangel wird auch von uns beklagt. Aber seine Hauptursache ist doch, daß die Militärärzte nicht so ausgiebig Zivilpraxis üben können, als sie es wünschen, und mit Recht wünschen. Das Verhältnis zwischen Sanitätsoffizieren und Offizieren kann jedenfalls nie Schuld daran sein, denn dies Verhältnis ist ausnahmslos gut. Wo sind wir denn hermetisch abgeschlossen? Wir tun unseren Dienst in der vollsten Sonne der Oeffentlichkeit. Das Offizierkorps hat Beziehungen in allen staatserhaltenden Parteien. Wenn wir uns zusammenschließen, so hat das lediglich darin den Grund, daß wir hoffen, den guten Geist zu pflegen und die Ausbildung des Heeres für den Kriegsfall zu fördern. (Beifall.)

Abg. **Korfanty** (Pole)

spricht über Soldatenmißhandlungen. Die polnischen Soldaten nehme man besonders aufs Korn.

Kriegsminister **von Heeringen**

weist einen Angriff des Vorredners auf die Kriegsgerichte zurück. Von drakonischen Strafen könne gar keine Rede sein. Die Armee halte sich frei von Politik.

Abg. **Werner** (Ref.):

Unsere aktiven Offiziere halten sich von jeder Politik frei, nur die inaktiven Offiziere glauben über alles schreiben zu müssen im Berliner Tageblatt. Für die Veteranen muß besser gesorgt werden durch eine Wehrsteuer.

Abg. **Lehmann**-Jena (b. k. P.)

führt Klage über die Zurücksetzung des Großherzogtums Sachsen-Weimar bei der Verteilung von Garnisonen.

Abg. **Erzberger** (Ztr.):

Die religiösen Gefühle der Katholiken müssen berücksichtigt werden. Die Lieferungen sollten über das ganze Land verteilt werden. Das rapide Anwachsen des Unteroffizierkorps ist bedenklich, weil die spätere Zivilversorgung eine erhebliche Belastung des Staates bedeutet.

Kriegsminister **von Heeringen:**

Die Unteroffiziervermehrung wird sich kaum vermeiden lassen. Eine zweite Kontrollversammlung ist im Interesse der Mobilmachung notwendig.

Abg. **Noske** (Soz.)

spricht über Soldatenmißhandlungen und die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher.

Kriegsminister **von Heeringen:**

Ich weise mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß das Prügeln der Rekruten durch die alten Mannschaften ein Erziehungsmittel in der Armee ist. Fälle, die vorkommen, werden mit aller Strenge bestraft. Auch wenn Unterschlagungen zutage treten, greift das Gesetz mit aller Strenge ein. Wir machen keinen Unterschied bei den Offizieren. Sozialdemokratische Offiziere können wir natürlich nicht brauchen. Ein sozialdemokratischer Offizier kann in der Armee niemals Vorgesetzter sein. Auf den Kasernenhöfen wird nicht bloß geschimpft und gepufft, die Soldaten werden liebevoll behandelt. Gewiß kommen auch einmal Uebergriffe vor, denn wir sind ja nicht Engel, sondern temperamentvolle Menschen, aber das Material wird auch immer schwieriger. Daran ist die Sozialdemokratie schuld. Die Liebe des Volkes zum Heere ist nicht geringer geworden. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Weiterberatung Sonnabend 12 Uhr, außerdem Etat des Reichstags und des Reichsmilitärgerichtes.

Schluß 7½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 28. Januar.

Am Ministertische: v. Arnim.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten mit der Mitteilung, daß das Präsidium gestern dem Kaiser die Glückwünsche zum Geburtstage ausgesprochen habe.

Die zweite Lesung des

des Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Generalkommissionen" fordert

Abg. Dr. **Schröder**-Kassel (nl.),

daß die Spezialkommissionssekretäre nach ihrem Besoldungsdienstalter in die neuen Stellen einrücken sollen.

Ministerialdirektor **Wesener**

erwidert, daß über eine Reihe solcher Fragen, die mit der neuen Besoldungsordnung im Zusammenhang stehen, Erörterungen schweben.

Abg. **Schifferer** (nl.):

In Schleswig-Holstein bedarf es zur Förderung des Deutschtums umfassender und eindringlicher Arbeit der Spezialkommissionen. Der Minister sollte hierauf sein besonderes Augenmerk richten.

Ministerialdirektor **Wesener:**

Der Minister erkennt die Berechtigung der Wünsche des Vorredners an und wird für ihre Erfüllung sorgen.

Abg. **Tourneau** (Ztr.)

bedauert, daß die Zuschüsse für die Merseburger Generalkommission verringert sind. Darunter leiden die Meliorationsarbeiten auf dem Eichsfeld.

Beim Kapitel „Landwirtschaftliche Lehranstalten" bringt

Abg. Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.)

die Mängel zur Sprache, die an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin bestehen. Die landwirtschaftlichen Hochschulen sollten den Universitäten gleichgestellt werden.

Abg **v. Pappenheim** (kons.):

Wir begrüßen, daß sich der Abg. Müller jetzt mehr mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt. Wir werden dadurch Berührungspunkte bekommen, wo wir gemeinschaftlich landwirtschaftliche Interessen vertreten können. Bei der Lehranstalt in Proskau haben sich erhebliche Mißstände herausgestellt.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim:**

Ich war früher der Verlegung der Lehranstalt von Proskau nicht abgeneigt. Provinziallandtag und Landwirtschaftskammer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100129010/fragment/page=0001

von Schlesien haben sich aber für Belassung der Lehranstalt in Proskau ausgesprochen.

Abg. Graf Spee (Ztr.)

fordert praktische Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Unterrichts beim Militär durch Anlegung von Versuchsfeldern.

Abg. Witzmann (nl.)

tritt für allgemeine Einführung des Haushaltsunterrichts auf dem Lande ein. Das sei ein wirksames Mittel gegen die Abwanderung nach der Stadt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.)

begrüßt die Bereitwilligkeit der Rechten zu gemeinsamer Arbeit mit der Linken in landwirtschaftlichen Fragen. Die Linke werde es an tätiger Mitarbeit nicht fehlen lassen.

Abg. Graf Strachwitz (Ztr.)

dankt dem Minister für Belassung des Pomologischen Instituts in Proskau.

Beim Titel „Rebenveredelungsanstalten" bemerkt

Minister v. Arnim,

daß Versuche mit Arsenpräparaten die Möglichkeit einer erfolgreichen Bekämpfung der Reblaus ergeben hätten. Die Weinbauer hätten gegen die Mittel aber Bedenken, weil es die Felder schädige.

Beim Titel „Errichtung und Unterhaltung von landwirtschaftlichen Mittelschulen" spricht sich

Abg. Wamhoff

gegen die Errichtung weiterer landwirtschaftlicher Schulen aus, soweit das auf Kosten der bestehenden Ackerbauschulen erfolgt.

(Schluß folgt.)

Deutsches Reich.

Eine auffallende Kaiser-Geburtstagsrede

hielt der braunschweigische Staatsminister Dr. v. Otto bei einem Festmahl in Braunschweig, auffallend infolge der vernichtenden Kritik an der konservativ-klerikalen Reichsfinanzreform. Er sagte u. a.:

Sie werden mit mir zurückblicken auf das heute ablaufende Lebensjahr Seiner Majestät, auf die Geschichte Deutschlands in diesem Zeitraume. Das Gepräge gab ihm der Ausklang der durch Deutschlands Machtstellung, durch deutsche Treue unter S. M. Führung bewirkten Lösung der orientalischen Wirren und — die Reichsfinanzreform. Ich bedaure den Ausgang der Verhandlungen. Um die Finanzen des Reiches, um Deutschlands inneren Frieden wäre es besser bestellt, wenn die Finanzreform nach den Vorschlägen der deutschen Regierungen gestaltet wäre. Und doch hat Braunschweig für die Annahme der Finanzreform, wie sie geboten, gewirkt und gestimmt. Die Regierung eines bankerotten Staates, — und auf dem Wege zum Bankerott war mindestens das Deutsche Reich —, ist wehrlos und ohnmächtig gegenüber den Parteiströmungen im Volke und in der Volksvertretung. Eine starke, von Pflichtbewußtsein durchdrungene Regierung ist eine der wesentlichsten Bedingungen des Gedeihens eines Staatswesens. Aus dieser Erwägung ist Braunschweigs Stellungnahme erwachsen. Der Zukunft bleibt es vorbehalten, ändernd, bessernd, ergänzend in die Gestaltung der Reform einzugreifen.

Nicht ohne Wunden ist leider unser deutsches Vaterland aus dem Kampfe um die Reform hervorgegangen. Ein Kanzler schied, dem wir alle, so denke ich, im Rückblick auf sein von echt deutschem Geiste durchdrungenes Wirken für des Reiches Wohlfahrt, ein dankbares Andenken bewahren werden. Vor allem aber, wo ist die Einigkeit staatserhaltender Parteien geblieben, von deren Wahlsiegen ich vor zwei Jahren an diesem Tage, an dieser Stelle zu ihrer aller hohen Genugtuung sprechen konnte? Statt dessen sind im Deutschen Reich große Parteien mehr denn je untereinander verfeindet, blind gegen die Gefahren, die eine die Grundfesten unserer Staats- und Gesellschaftsordnung unterwühlende Partei dem Bestande des geeinten Deutschen Reiches bereitet

Das Abschiedsgesuch des Gouverneurs v. Schuckmann.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, bestätigt sich das von uns bereits telegraphisch gebrachte Gerücht, daß der Gouverneur von Südwestafrika, Herr v. Schuckmann, telegraphisch sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Ebenso ist es richtig, daß von einer Genehmigung dieses Antrages zurzeit noch keine Rede sein kann. Allem Anschein nach sollen erst die näheren amtlichen Berichte aus Windhuk abgewartet werden, ehe Staatssekretär Dernburg zu dem Rücktrittsgesuch des Gouverneurs Stellung nehmen wird. Da er nach seinen Ausführungen im Reichstage durch die letzten Vorgänge im Schutzgebiete die Disziplin der dortigen Beamtenschaft bedroht sieht, läßt sich allerdings erwarten, daß die notwendigen Entschließungen ohne Rücksicht auf sonstige persönliche Verdienste der Beteiligten erfolgen werden.

Von anderer Seite wird dem „Berl. Lok.-Anz." mitgeteilt, daß zurzeit an zuständiger Stelle nur ein Urlaubsgesuch des Gouverneurs vorliege, das mit Gesundheitsrücksichten begründet ist. Eine andere Version über die Gründe für den bevorstehenden Rücktritt des Gouverneurs lautet: Herr von Schuckmann ist durch den Staatssekretär Dernburg in Sachen einer für Windhuk erlassenen Gewerbeteuerordnung im Reichstag rektifiziert worden. Der Gouverneur hatte, um die in Windhuk ansässigen Kaufleute, wohl auf deren Betreiben, vor der Konkurrenz herumziehender Händler zu schützen, eine hohe Steuer auf diesen Erwerbszweig gelegt. In der Budgetkommission war der Staatssekretär deshalb interpelliert worden, und er hatte erklärt, daß er Remedur schaffen werde. Dies scheint inzwischen geschehen zu sein, und die Antwort ist nun wohl das Gesuch des Gouverneurs um Entbehung von seinem Posten. Herr von Schuckmann gilt als ein konservativer Mann der alten Schule, die noch nach patriarchalischem System glaubt regieren und alles ordnen zu können. Von einem großen Machtgebiet erfüllt, hat er, wie man wissen will, sich um das Reichskolonialamt in Berlin nicht genügend gekümmert. Man glaubt sogar, daß der vielgenannte Bürgermeister Kreplin nur ein Strohmann der maßgebenden Männer in der Kolonie gewesen sei.

Die deutsch-russischen Beziehungen

bildeten den Gegenstand der Rede, die der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, auf dem Festmahle des Deutschen Klubs anläßlich der Feier des Geburtstages des Kaisers hielt. Graf Pourtalès sagte:

Das günstige Ergebnis des vergangenen Jahres war nur dadurch möglich, daß der äußere Frieden erhalten wurde. Kaiser Nikolaus gebührt das Verdienst, in dem kritischen Augenblick, da drohende Wolken am politischen Horizont Europas erschienen, seinen mächtigen Einfluß zugunsten des Friedens in die Wagschale geworfen zu haben. Für uns Deutsche aber ist es besonders erfreulich, daß Deutschland der russischen Regierung bei ihren Bestrebungen, die Kriegsgefahr zu beseitigen, hilfreiche Hand leisten konnte. Die Leidenschaftlichkeit einer politisch bewegten, erregten Zeit und die Unkenntnis der wahren Vorgänge haben vielfach die Rolle Deutschlands in jener entscheidenden Stunde in einem für Rußland unfreundlichen Lichte erscheinen und die Legende von einer Bedrohung Rußlands durch Deutschland aufkommen lassen. Die Erkenntnis der Wahrheit hat sich aber inzwischen bereits in weiten Kreisen Bahn gebrochen. Die Geschichte wird einst feststellen können, daß es im Gegenteil ein auf gegenseitigem Vertrauen begründeter, freundschaftlicher Meinungsaustausch zwischen Petersburg und Berlin war, der den Weg zur friedlichen Lösung der Krisis öffnete. Der neue Kanzler hat gleich in einer seiner ersten Reichstagsreden das Festhalten an dem traditionellen guten Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland als einen der Punkte bezeichnet, die das Programm der von ihm vertretenen auswärtigen Politik bilden.

Richtigstellung.

= Die Berliner amerikanische Botschaft ersucht die „Nordd. Allg. Ztg." um Veröffentlichung nachstehender Mitteilung:

Um gewisse irrige Schlüsse zu berichtigen, die aus dem Bericht des Chefs des Viehzuchtdepartements der Vereinigten Staatenregierung Dr. Melvin bezüglich der Fleischbeschau in den Vereinigten Staaten gezogen worden sind, erläßt das Landwirtschaftsministerium folgende Erklärung: „Alles Fleisch und die Nahrungsmittel, die in Etablissements hergestellt werden, welche einen zwischenstaatlichen oder Exporthandel betreiben, sind durch Gesetz einer Untersuchung unterworfen. Diese Untersuchung wird in einer sorgsamen und wissenschaftlichen Weise ausgeführt, die den Vergleich mit jedem anderen Lande leicht aushält. Manche kleine Städte haben noch keine Untersuchung für das zum lokalen Verbrauch bestimmte Fleisch; aber dieses Fleisch kommt nicht zur Versendung in andere Staaten oder ins Ausland. Nur auf dieses nicht untersuchte Fleisch hat sich der Chef des Viehzuchtsdepartements bezogen."

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern die Besoldungsordnung für die Kolonien beraten. Von verschiedenen Rednern wurden Wünsche vorgebracht, die Gehaltssätze für manche Beamtenkategorien zu erhöhen, andere Redner traten für eine generelle Herabsetzung der ganzen Gehaltsordnung ein, wogegen jedoch der Staatssekretär lebhaften Widerspruch erhob. Schließlich wurde auf Antrag der Nationalliberalen beschlossen, mit Rücksicht auf das bevorstehende neue Kolonialbeamtengesetz die Angelegenheit auf ein Jahr zu vertagen und inzwischen die gegenwärtigen Gehälter in den Etat einzustellen. Der Etat für Südwestafrika ist damit erledigt.

Im Reichstag hat die freisinnige Fraktionsgemeinschaft zur zweiten Lesung des Militäretats eine Resolution eingebracht, worin der Reichskanzler wiederholt ersucht wird, nach den seit 1905 jährlich gefaßten Beschlüssen des Reichstages die Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Beschwerderechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere in die Wege zu leiten.

Die Schlußabstimmung über den portugiesischen Handelsvertrag im Plenum des Reichstages, die ursprünglich am kommenden Montag stattfinden sollte, ist verschoben worden. Ob die zweite Beratung des Vertrags am Dienstag oder erst am Donnerstag nächster Woche begonnen werden soll, steht noch immer nicht fest.

Die Vorarbeiten für die neue preußische Wahlrechtsvorlage sind, wie das „B. T." aus zuverlässiger Quelle erfährt, soweit gediehen, daß die Einbringung der Vorlage im Landtag Ende nächster Woche erwartet wird.

Hof- und Personalnachrichten.

✱ Laut Meldung aus Washington hat Präsident Taft an den deutschen Kaiser folgendes Telegramm gesandt:

„Am heutigen Geburtstagsfeste Eurer Majestät bringe ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche dar und übermittle Eurer Majestät zugleich den Ausdruck der guten Gesinnung, von welcher die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten für Ihr Land erfüllt sind, und die Wünsche, die sie für dessen Gedeihen hegen."

Ausland.

Frankreich und der Wiener Diplomatenstreit.

□ Eine bemerkenswerte französische Preßstimme zu dem Diplomatenstreit, der sich im Anschluß an das Interview des Grafen Aehrenthal neuerdings wieder entsponnen hat, wird gemeldet: Der „Temps" nämlich erklärt unter Hinweis auf die Auslassungen deutscher und österreichischer Blätter, daß er mit seinem Artikel über die gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, den Staatssekretär von Schoen und den Grafen Aehrenthal gerichteten Angriffe lediglich einen Zweck verfolgt habe, der von jedermann gebilligt werden konnte. Er habe, indem er die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Politik der Detente der leitenden Staatsmänner Europas gewissen Widerständen begegne, ein löbliches und ehrliches Ziel im Auge gehabt.

Der „Temps" verteidigt sodann den Reichskanzler und Herrn von Schoen sowie den Grafen Aehrenthal gegen die von einem Teil der deutschen und österreichischen Presse erhobenen Angriffe. Die gegen die genannten Staatsmänner eingeleitete Kampagne müsse von allen denen, die redlichen Glaubens und guten Willens sind, entschieden verurteilt werden.

Die Ablehnung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages

durch die Kommission des deutschen Reichstages hat in Portugal starken Eindruck gemacht. Wie aus Lissabon gemeldet wird, besprechen dort alle Blätter die Tatsache, je nach ihrer Stellung, die sie zur Regierung einnehmen, höhnisch oder bedauernd:

Die Opposition betont wiederum, Deutschland habe die Vorlage lediglich unterschrieben, um eine Entschädigung für Hohenlohe in der Madeira-Angelegenheit zu erhalten. Nach Annahme des bezüglichen Gesetzes sei kein Interesse mehr für den Vertrag vorhanden. Das Organ des portugiesischen Großhandels „Journal do Commercio" bedauert die Entscheidung der Reichstagskommission und betont, es wäre viel richtiger gewesen, wenn Deutschland angesichts der starken parlamentarischen Opposition gegen den Vertrag neue Verhandlungen wegen der Tabellenrevision angeknüpft hätte. Das Blatt hofft aber, daß die Abstimmung im Plenum des Reichstages noch ein günstiges Resultat ergeben wird, da Portugal die Verträge mit Meistbegünstigung nötig brauche und die deutsche Ablehnung deren Abschluß bedeutend erschwere.

Uebrigens können höhere Zölle erst nach Inkrafttreten eines neuen portugiesischen Generaltarifs wirksam werden, da Meistbegünstigungsverträge zwischen Portugal einerseits und Rußland, Norwegen und anderen Ländern andererseits vorliegen.

Kleine Tagesnachrichten.

Rußland formiert neue Truppenverbände.

Rußland wird demnächst eine neue Infanteriedivision formieren, deren erstes Regiment das zweite Kronstadter Festungsregiment bildet, das in kurzer Frist auf den Bestand von vier Bataillonen gebracht werden soll. Die übrigen Teile der neuen Division werden aus Truppenteilen der 50. Infanterie-Reservebrigade gebildet werden.

Unbotmäßige Offiziere.

Der Chef der griechischen Gendarmerie Balkoglou berief die Offiziere seines Korps zu sich und forderte sie auf, dem König und der Verfassung treu zu bleiben und aus dem Militärbund auszutreten und sich nicht mehr an dessen Bestrebungen zu beteiligen. Die Offiziere protestierten gegen diese Aufforderung, meldeten das Vorkommnis dem Militärbund und erklärten, nicht mehr unter ihrem bisherigen Chef dienen zu wollen, dessen Absetzung sie verlangen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 29. Januar.

Protest gegen Steuerüberbürdung.

Der Zentralverband der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine beruft per Ende Februar einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin, auf dem ein umfassender Protest gegen die fortgesetzte Steuerüberbürdung, wie sie die Finanzreform gebracht hat, erhoben werden soll.

Staatsanwalt und Presse.

Bei Begründung der Anklage gegen den mehrfachen Lustmörder Kosziol, der, wie wir kürzlich meldeten, vom Schwurgericht in Lissa in Posen zum Tode verurteilt wurde, nahm der amtierende Staatsanwalt Dr. Schulte Gelegenheit, allen Organen, die bei der Strafverfolgung des Angeschuldigten mitgewirkt hatten, seine Anerkennung auszusprechen. Besondere Dankesworte widmete der öffentliche Ankläger der Presse. Er führte dabei aus:

„Er könne wohl sagen, daß in keinem Falle so klar, wie hier, nachgewiesen sei, welche große Macht die Presse für die Kriminalistik habe. Die ganze Presse habe einheitlich und planmäßig über alle Phasen des Verfahrens berichtet. Der Verbreitung dieser Berichte durch die Presse sei es zu danken, daß Kosziol so schnell gefaßt wurde. Am 6. August v. J. habe die Staatsanwaltschaft die erste ausführliche Beschreibung über den mutmaßlichen Täter veröffentlicht und schon am 8. August wäre er ergriffen worden."

Es ist anzuerkennen, daß sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren vielfach ein erfreulicher Wandel zum Besseren vollzogen hat. Der Mord am Brocken z. B., der noch immer ungesühnt ist, wäre vielleicht auch alsbald entdeckt worden, wenn die Behörden sofort die Zeitungen telegraphisch mit Berichten versehen hätten.

Der Pseudo-Graf von Könnern

ist als der Zuchthäusler ermittelt worden, der unlängst aus der Provinzial-Heil- und Irrenanstalt Nietleben ausbrach. Es wird darüber berichtet:

In dem Einbrecher, den Polizeisergeant Hoffmann in Cönnern mit seinem Polizeihund „Lotte" gefaßt hat, hat man einen schweren Jungen erwischt, der wegen gemeinschaftlichen Einbruchs und Totschlags 15 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat. Er trägt den Namen Horst und ist von Erfurt aus nach der Verbrecherabteilung der Irrenanstalt Nietleben zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen. Am 21. Januar war der verwegene Mensch, der Schriftsetzer ist, dort ausgebrochen.

W. G.

Stadttheater. Der gestrige Abend brachte uns die erste Opernnovität der Saison: Leo Blechs „Versiegelt". Trotz der ganz ausgezeichneten Darstellung und einer außerordentlich geschickten Orchesterbehandlung durch Kapellmeister Eduard Mörike erzielte das Werk doch nur einen ganz schwachen Erfolg. Moderne Kapellmeistermusik! — An die Novität schloß sich Rossinis „Barbier von Sevilla" mit einem Gastspiel des Koburger Kammersängers Rudolph, das äußerst befriedigend verlief. Mehr in der Abendausgabe.

Die Kaisergeburtstagsfeier in der „Hüttlerschen höheren Knabenschule" versammelte Lehrer und Schüler um 9 Uhr in der Aula. Eingeleitet durch Gebet und Deklamationen, hielt die Festrede Herr Dr. Klapötke. Er schilderte kurz den Werdegang unseres Kaisers in militärischer und wissenschaftlicher Hinsicht. Gemeinsamer Gesang schloß die schöne Feier.

Unteroffizierschule Jüterbog. Die Versammlung der ehemaligen Schüler findet am 2. Februar, abends 8½ Uhr im Schulterhof, Poststraße 5, I (kleines Zimmer), statt. Es steht eine Besprechung über die Jubiläumsfeier auf der Tagesordnung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100129010/fragment/page=0002

Vermischtes.

Vom Hochwasser in Paris.

Die Nachrichten über die Ausdehnung des Unglücks bringen immer neue Hiobsposten. Immer weiter dringt die Flut über die Flußufer vor. Beunruhigend ist der eingetretene Wetterwechsel Bisher herrschte trockenes, sonniges Frostwetter bei hohem Luftdruck. Nach den letzten Berichten begann das Barometer zu sinken Der Wind weht aus dem Süden. Der Himmel ist tief umzogen und neue Niederschläge scheinen zu drohen, die alle Voraussagen für den Verlauf der Ueberschwemmung zu schanden machen können.

Die letzten Meldungen aus Paris lauten:

Der Untergrundbahnhof Tuileries ist fast ganz unter Wasser. Die Flut drang auch in die Keller, der in der Rue de Rambuteau gelegenen Markthallen, so daß die dort lagernden Waren heraufgebracht werden mußten. Der Tunnel zwischen Courcelles und Levallois ist überschwemmt, der Zugverkehr zwischen Paris und Auteuil ist eingestellt. An den Place Percire ist der Sammelkanal geborsten. Die Wassermassen ergossen sich so schnell in die Arbeitsstätten der im Bau begriffenen Untergrundbahn, daß diese von den Arbeitern in aller Hast geräumt werden mußten. Auf den Champs Elysées verschwand ein Kutscher mit samt dem Pferde in einer Erdsenkung. Der Kutscher konnte gerettet werden. Die Volksbewegung gegen die wucherische Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel ist so allgemein und heftig, daß die Händler nicht wagen, ihrer Habgier die Zügel schießen zu lassen.

Aus allen Teilen der Welt laufen Sympathiekundgebungen und Unterstützungsgelder für die Opfer der Hochwasserkatastrophe ein. Die Aeußerungen warmer Teilnahme in der deutschen Presse werden in Paris viel bemerkt und dankbar empfunden.

Im Hinblick auf die Ueberschwemmungen haben die französische Kammer und der Senat ein Gesetz angenommen, das die Regierung ermächtigt, im Falle von elementaren Heimsuchungen, Katastrophen und Unglücksfällen die Protest- und Verfallfrist für Wechsel und handelsrechtliche Schuldscheine durch Dekret zu verlängern. Das bereits amtlich publizierte Gesetz kann schon auf die Ende Januar fälligen Zahlungen Anwendung finden.

*

Infolge der Ueberschwemmung erleidet der Telegraphendienst zwischen Paris und Berlin große Störungen. Es ist zur Zeit nur noch eine Linie in Betrieb.

Letzte Nachrichten.

Vom erkrankten Reichstagspräsidenten.

H. **Berlin**, 28. Jan. (Meldung von Louis Hirschs Telegraphenbureau.) Im Befinden des erkrankten Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg-Wernigerode ist eine stetige, aber langsame Besserung zu verzeichnen. Die Natur der Erkrankung des Präsidenten läßt es jedoch nicht zu, daß er die Präsidialgeschäfte vor Ostern übernimmt.

Schneesturm in Hamburg.

□ **Hamburg**, 28. Jan. **(Privattelegramm.) Heute nachmittag setzte ein heftiger Schneesturm wieder ein. In den Straßen türmen sich die Schneemassen. Der Verkehr erleidet viele Störungen, die Straßenbahn kann nur streckenweise den Betrieb aufrecht erhalten. — Spät abends hielt der gewaltige Sturm noch an.**

Todgerodelt.

□ **Hagen i. W.**, 28. Jan. (Privattelegramm.) Ein Musketier des Hagener Bezirkskommandos, der dem Rodeln zusah, wurde dabei umgefahren und lebensgefährlich verletzt. Er starb auf dem Transport nach dem Krankenhause.

Dementi.

H. **Köln**, 28. Jan. **Die „Köln. Volkszeitung" meldet aus Berlin: Unter dem Titel „Der Vatikan und das nichtkonfessionelle Zentrum" bringt die „Rhein.-Westf. Ztg." in ihrer heutigen Nummer allerlei Andeutungen über einen Briefwechsel des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val mit dem Vorsitzenden der deutschen Zentrumsfraktion des Reichstages, Fehrn. v. Hertling, wonach ersterer die Dezembererklärung betr. den nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei einer scharfen und abfälligen Kritik unterzogen habe. Frhr. v. Hertling ermächtigt die „Köln. Volkszeitung", zu erklären, daß diese Nachricht frei erfunden sei.**

Von den Pariser Ueberschwemmungen.

H. **Paris**, 28. Jan. Große Gefahren drohen vielen Stadtteilen, da eine große Anzahl Häuser Risse bekommen und zu sinken beginnen. Neue Schreckenisse werden aus Charandon gemeldet. Mehrere Hunde mußten dort erschossen werden, da sie tollwütig wurden und die Menschen bedrohten. Das Spital Bouzicot, in dem sich über 400 Kranke befanden, mußte geräumt werden, da es einzustürzen droht. Die Kranken wurden auf andere Spitäler verteilt.

Die neuesten Wahlresultate in England.

H. **London**, 28. Jan. Bis 4 Uhr nachmittags wurden gewählt 271 Unionisten, 250 Liberale, 40 Arbeiterparteiler und 74 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 128, die Liberalen 19, die Arbeiter 1 Sitz.

Mißtrauensvotum gegen das ungarische Kabinett.

H. **Budapest**, 28. Jan. **Im Abgeordnetenhause, wo heute die Debatte über die Vorstellung des neuen Kabinetts fortgesetzt wurde, verzichteten die meisten der noch vorgemerkten 19 Redner auf das Wort, sodaß es zu allgemeiner Ueberraschung schon heute zur Abstimmung über den Mißtrauensantrag Justh und den Antrag Kossuths auf Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank kam. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen und somit dem Kabinett Khuen Hedervary ein Mißtrauensvotum erteilt. Daraufhin übergab der Ministerpräsident Graf Khuen Hedervary dem Präsidenten ein königliches Handschreiben, welches sofort zur Verlesung gelangte. Gemäß diesem wird das Abgeordnetenhaus bis zum 24. März vertagt. Dieses Handschreiben rief einen großen Sturm der Entrüstung bei der Mehrheit hervor. Es wurde ein Antrag angenommen, worin gegen die ungesetzliche Vertagung protestiert wird. Gleichzeitig wird der Regierung die Verwaltung der öffentlichen Gelder, die Verausgabung der Summen für die gemeinsamen Angelegenheiten und die Weiterführung von Handelsvertragsverhandlungen verboten. Das Abgeordnetenhaus erklärt schon jetzt, daß es die Gültigkeit solcher Verfügungen, namentlich auch die Verlautbarung einer Verfassung für Bosnien und die Herzegowina im Verordnungswege nicht anerkennen werde. Dieser Beschlußantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmte die Unabhängigkeitspartei und die Volkspartei, dagegen ein großer Teil der Verfassungspartei. Alsdann wurde die Sitzung unter großer Erregung geschlossen.**

H. **Budapest**, 28. Jan. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary, welcher erst Sonntag nach Wien zu reisen beabsichtigt hatte, wird sich wegen der Abstimmung im Abgeordnetenhause bereits heute abend nach Wien begeben, um morgen vom Kaiser in Audienz empfangen zu werden und über die neue Situation Bericht zu erstatten.

Einberufung der griechischen National-Versammlung.

H. **Athen**, 28. Jan. Die Einberufung der Nationalversammlung wurde definitiv beschlossen. Der Offiziersbund verpflichtet sich, in Zukunft nur Militär- und Marinefragen zu behandeln, wenn morgen ein Geschäftsministerium aus Nichtparlamentarien ernannt wird, das das vollständige Vertrauen des Bundes genießt. Der Präsident des Offiziersbundes, Oberst Zorbas, wird wahrscheinlich als Kriegsminister in das neue Kabinett eintreten. Die Wahlen zur Nationalversammlung werden im Oktober stattfinden. Zur Wahrung der konstitutionellen Form und damit der Offiziersbund auch formell als Ministerstürzer erscheint, wird das Kabinett Mavromechalis morgen im Parlament die Vertrauensfrage stellen. Die Stellung des Königs ist gesichert. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.

Unterhaltungsblatt.

Rosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidthähler. (Forts.). — Dreizehn bei Tisch. Erzählung von Paul Eberhardt. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Bunte Zeitung. — Der Büchertisch.

Blätter fürs Haus.

Die Kunst der Verkleidung. Von Robert Martini. — Karneval und geselliges Leben. Von Dr. Friedrich Krumbholz. — Englische Dienstboten. — Unsere Haustiere im Verkehrsdienste. Von E. M. Arnold. — Mannigfaltiges.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.".)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,87, Diskonto 197,10, Deutsche Bank 258,50, Berliner Handelsgesellschaft 183,75, Dresdner Bank 164,75, Russische Anleihe von 1902 91,10, Türkenlose 132, Lombarden 23,30, Kanada 180,87, Baltimore 116,12, Laurahütte 199,50, Bochumer Guss 249,50, Gelsenkirchen 217,37, Harpener 211,12, Deutsch-Luxemburger 219,50, Phönix 223,62, A. E.-G. 260,25, Siemens & Halske 240, Hamburger Paketfahrt 134,37, Nordd. Lloyd 102, Grosse Berliner Strassenbahn 186,25. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Glickauf Brauerei 2, Rostocker Brauerei 3,75, Akt.-Ges. für Bauausführungen 1,60, Alexanderwerk 2, Schubert & Salzer 2, Humboldt Maschinen 2, Concordia chemische Fabrik 3, Lingel 2, Rauchwaren Walter 2, Rottweil Pulver 2,50, Kruschwitz Zucker 3, Gebhardt & Co. 5, Merkur Wolle 2, Grube Eintracht 8, Eschweiler Eisen 2,50, Friedrichssegen 2,75, Jessenitz Kali 3,50, König Wilhelm 2,75, Posener Sprit 3,50, Breslauer Sprit ca. 2, Westfäl. Draht-Ind. 1,10; niedriger: Akt.-Ges. für Verkehrswesen 1,75, Grossschiffahrtswesen Terrain 1,50, Sächs.-Böhm. Zement 3, Adler Fahrrad 4,50, Dürkopp 2, Lübecker Maschinen 8, Albert chem. Fabrik 2, Elberfelder Farben 2, Deutsche Gasglühlicht 3,50, Waldhof Zellstoff 2,75, Deutsche Jutespinnerei 2,25, Thomée 2, Langendreer 1,50.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 28. Jan. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 1918 101,90G. 4% Bayrische Staats-Anl. 192,90G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 102,10bG. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteil a 93,40bz. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. ger. 95,10G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Jenaer Stadt-Anleihe 1900 —,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 100,50bG. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. 87 16bG. 4½ pres. Deutsche Solvay-Werke 103 40G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103,80G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06 08 101,25bG.

Londoner Börse vom 28. Jan. Es notierten: Engl. Konsol, 82,25, Rio Tinto 77,37, Geduld 2,7., Goldfields 6,00, Steel com. 85,21, Steel preis. 126,00, Rand Mines 9,38, Anaconda 10,40.

Preisermässigung für Garne.

Die Vereinigten elsässischen Baumwollspinner ermäßigten die Preise für Garne aus amerikanischer Baumwolle um 4 Pfg. pro Kilogramm.

Sächsische Bodenkreditanstalt in Dresden. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von wieder 7 Proz. Der Reingewinn beträgt 1 008 989 Mk. gegen 936 713 Mk. in 1908.

Eine neue Anleihe der Stadt Zwickau in Höhe von 3 Mill. Mark erhielt die landesherrliche Genehmigung.

Nordhäuser Kalkwerke — Gewerkschaft Immenrode. Am Markt für Kalkwerte kursieren Gerüchte, welche von einer Verschmelzung der Nordhäuser Kalkwerke mit der Aktiengesellschaft Deutsche Kalkwerke sprechen, die erst kürzlich die Aktiengesellschaft Neu-Bleicherode erworben hat. Ohne diesen Gerüchten aktuelle Bedeutung beizumessen, scheint jedoch eine Kombination in Frage zu kommen, welche auf einen Zusammenschluss der Nordhäuser Kalkwerke mit „Ludwigshall und Immenrode" abzielt. Diese drei Werke sind bekanntlich an der Elektrizitäts-Gemeinschaft Wolkramshausen interessiert. Auch ist bekannt, dass der Südharz-Konzern sich die Minorität von Immenrode gesichert hat.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 28. Jan. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ 225,00 226,50 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 165,00 166,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkisch, mecklenbur ez. pomm., preuss., posenscher u. schlesischer fein 173 bis 182, mittel 167-172, gering 163-168, russischer und Donau mittel 157 163, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerikanischer 160 164, türkischer mixed — —, runder 156,00 160,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 142,00 bis 148,00, grüne 149 156, russische und Donau feinste 130,00 135,00, schwere 136-143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 163-169, Taubenerbsen 170-182 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 27,75-30,50. Roggenmehl 0 u. 1 20,50-22,30. Weizenkleie 11,50-12,50. Roggenkleie 11,50 bis 12,10 Mark.

Hamburg, 28. Jan (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg. 185-228. Roggen ruhig, Mecklburg, und Pomm. 166-168. Gerste ruhig, südruss. 115-116. Hafer fest, Mecklenburger 166 bis 178,00. Mais ruhig, La Plata 122-124

Pest, 28. Jan. Weizen fest per April 14,27 G., 14,23 B., per Mai 13,84 G., 13,95 B., per Okt. 11,95 G., 11,97 B. Roggen per April 9,5 G., 9,54 B., per Okt. 8,98 G., 8,99 B. Hafer per April 7,61 G. 7,62 B. Mais per Mai 6,70 G., 6,71 B.

Antwerpen, 28. Jan. Deutscher La Plataaug, Kontrakt B., per Jan. —,—, März 5,82½, Mai 5,75, Juli 5,70, Sept. 5,65 Fr. Umsatz 215,000 kg. Still.

Liverpool, 28. Jan. Roter Winterweizen per März 8,4½, per Mai 8,1½. Still. Mais, bunter, amerikanischer per Okt. —,—.

Zucker.

Hamburg, 28. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88°, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	12,87	12,95	12,95 Mk.
„ März	13,00	13,02	13,00 „
„ Mai	13,12	13,12	13,10 „
„ August	13,35	13,32	13,32 „
„ Oktober	11,37	11,37	11,35 „
„ Dezember . . .	11,20	11,17	11,15 „
	behauptet	behauptet	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 28. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	36 G.	36 G.	36 G.
„ Mai	36⅛ G.	36¼ G.	36¼ G.
„ September	36¼ G.	36¼ G.	36¼ G.
„ Dezember	36 G.	36 G.	36 G.
	stetig	behauptet	behauptet

Havre, 28. Jan. Kaffee good average Santos per März 47, per Mai 46¼, per Sept 46½, per Dez. 46.

Rio de Janeiro. 28. Jan Kaffee-Zufuhren 4,000 Sack in Rio 90,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 28. Jan. Kartoffelmehl u. -Stärke 21,00—21,50. Feuchte Stärke 10,50.

Magdeburg, 28. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,50—22,00.

Spiritus.

Nordhausen, 28. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,25—86,25 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,25—96,25 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96,50 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 28. Jan. Rüböl loko 61,50, per Oktober 60,00.

Hamburg, 28. Jan. Stadtschmalz 59,75, amerik. Steam 61,75. Chamberlain 60,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 28. Jan. Chilisalpeter per loko 8,35. Febr.-März 8,35 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 28. Jan. Baumwolle still. Upl. loko middl. 75,25 Pfg.

Liverpool, 28. Jan. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen, davon Import 20,000 Ballen, davon Amerikaner 18,000 Ballen.

Liverpool, 28. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 13,21.

Alexandria, 28. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 26,05, Mai 26,03, Nov. 21,14.

Metalle.

London, 28. Jan. Chili-Kupfer stetig 60⅝, 3 Mon. 61½, Zinn Straits stetig 147½, 3 Monat 149. Blei span., träge 13⅝, englisch 14. Zink, gewöhnliche Marke, träge 23½, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	28.1.	27.1.	Chicago.	28.1.	27.1.
Weizen p. Mai	118⅝	119	Weizen p. Mai	111⅛	111⅛
„ „ Juli	109⅝	109⅝	„ „ Juli	111⅛	111⅛
Mais p. Mai	76¾	76	Mais p. Mai	66⅝	67⅛
„ „ Juli	76	76	„ „ Juli	66⅝	66⅞
Mehl Spring clears	4,65	4,65	Hafer p. Mai	46⅝	47
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,10	8,10	„ „ Juli	43⅝	43⅞
„ p. Jan.	6,85	6,75	Roggen p. Mai	80⅛	79⅞
„ p. Febr.	6,80	6,75	Schmalz p. Jan.	11,80	11,80
Petroleum in Cases	10,30	10,30	„ „ Mai	10,72	10,70
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen willig. Mais willig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	27. Jan.	+1,12	28. Jan.	+1,10		2	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,18	„	+2,14		4	—
„ Unterpegel	„	+1,76	„	+1,66		10	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,66	„	+2,64		2	—
„ Unterpegel	„	+1,22	„	+1,10		12	—
Trotha	27.	+2,80	28.	+2,70		10	—
Alsleben, Oberpegel	27.	+2,70	28.	+2,66		4	—
„ Unterpegel	„	+2,58	„	+2,48		10	—
Bernburg	„	+2,13	„	+2,02		11	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,94	„	+1,88		6	—
„ Unterpegel	„	+2,06	„	+1,92		14	—

Ilsr. Eger. Elbe. Moldau.	Jan.		Fall	Wuchs		Jan.		Fall	Wuchs
Jungbunzl	27.	+0,10	5	—	Wittenberg	28.	+2,50	16	—
Laun	„	+0,39	13	—	Rosslau	„	+2,07	16	—
Budweis	„	−0,02	4	—	Barby	„	+2,58	17	—
Prag	„	—	—	—	Schönebeck	„	+2,83	15	—
Pardubitz	„	+0,20	—	22	Magdeburg	„	+2,11	18	—
Brandeis	„	+0,41	—	—	Tangermünde	„	+3,28	17	—
Melnik	„	+0,35	—	1	Wittenberge	„	+3,10	12	—
Leitmeritz	28.	+0,30	12	—	Dömitz	27.	+2,78	4	—
Aussig	„	+0,52	7	—	Boizenburg	„	+2,65	1	—
Dresden	„	0,85	11	—	Hohnstorf	28.	+2,72	4	—
Torgau	„	+1,45	25	—	Lauenburg	„	+2,74	4	—

Aussig, 28. Jan. Pegelstand plus 32 cm. Vom Oberlauf werden 30 cm Fall gemeldet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, Provinzialnachrichten, Gericht und Handel Eugen Wörlmann, für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.
Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt" und „Blätter fürs Haus.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100129010/fragment/page=0003

Berliner Börse, 28. Jan. 1910

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: A 1. Jan. | 4 1. Apr. | 7 1. Juli | O 1. Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | h 15.6.12. | q1 quartaliter 1.1.4.7.10. — B 1. Fbr. | 5 1. Mai | 8 1. Aug. | N 1. Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 11.6.12. | q2 do. 1.2.5.8.11. — C 1. Mrz. | 6 1. Juni | 9 1. Sept. | D 1. Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | q3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4½%, Lombardzinsfuß 5½%. Privatdiskont 3%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Deutsche Pfandbriefe

Renten-Briefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleih

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandbr.

Obligat. industr. Gesellsch.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechselkurse

Gold, Silber, Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100129010/fragment/page=0004